

Weltkrieges. Sie bereitete der faschistischen Bewegung (→ *Faschismus*) ideologisch den Weg. Während der Weimarer Republik war die D. Gegenstand heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen. Nach dem zweiten Weltkrieg verschleierten die Ideologen des Imperialismus der BRD die gesetzmäßige Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus gleichfalls im Sinne einer D.

Dominion: ursprünglich Bezeichnung für alle überseeischen britischen Kolonien; seit der sog. britischen Reichskonferenz von 1917 Bezeichnung für solche britischen kolonialen Besitzungen, denen eine Art Selbstregierung im Rahmen des Commonwealth of Nations gewährt wurde. Nach dem Westminsterstatut (1931) erhielten die D. Selbständigkeit in Fragen der Innen- und Außenpolitik sowie die formale Gleichberechtigung mit Großbritannien. Ursprünglich wurde der D.-Status nur „weißen“ Kolonien zuerkannt. Die ersten waren Kanada (1867), Australien (1901), Neuseeland (1907), Südafrika (1910). Seit den 30er Jahren war die D.-Frage auch ein wesentlicher Faktor der Auseinandersetzung mit der → *nationalen Befreiungsbewegung* in den afro-asiatischen Kolonien Großbritanniens. Ziel der Anerkennung des Status eines D. war, die nationale Befreiungsbewegung in diesen Ländern auszuschalten und den Einfluß Großbritanniens in veränderten, flexibleren Formen zu erhalten. 1948 wurde die diskreditierte Bezeichnung D. fallengelassen. Damit sollte den neuen unabhängigen Staaten, die den D.-Status aufhoben und sich zur Republik erklärten (z. B. Indien, später Pakistan, Ghana), ermög-

licht werden, Mitglieder des Commonwealth zu bleiben. Die ehemaligen „weißen“ D. und eine Reihe selbständig gewordener afro-asiatischer Staaten blieben als sog. Countries of the Commonwealth (Länder des Commonwealth) freiwillig Mitglieder des Commonwealth. Die Mitglieder des Commonwealth erkennen die Königin von Großbritannien und Nordirland als Oberhaupt dieser Vereinigung an, in einer Reihe von selbständigen Staaten des Commonwealth ist die Königin auch Staatsoberhaupt, vertreten durch einen Generalgouverneur,

Domowina: sozialistische nationale Organisation der Sorben in der DDR. Die D. wurde 1912 unter hervorragender Anteilnahme der werktätigen sorbischen Landbevölkerung zur Abwehr der sich verschärfenden sozialen und nationalen Unterdrückung der Sorben durch den deutschen Imperialismus, für demokratische Minderheitsrechte und zur Pflege der nationalen Kultur als Dachorganisation kleinbürgerlich-bäuerlicher sorbischer Vereine als Bund der Lausitzer Sorben in Hoyerswerda gegründet. Begründer und erster Vorsitzender der D. war A. Bart. 1937 wurde die D. von den Faschisten verboten. Im Mai 1945 mit antifaschistisch-demokratischer Zielstellung erneuert, entwickelte sich die D. unter Führung der SED als gleichberechtigter und mitverantwortlicher Bestandteil der Nationalen Front zur sozialistischen nationalen Massenorganisation der sorbischen Werktätigen, die aktiv und bewußt den Aufbau des Sozialismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in der DDR mitgestaltet. Die D. gliedert sich in Ortsgrup-